

Fragen der Rhein-Zeitung (Ralf Grün) an die FWG zur Kommunalwahl 2014

1. Wo sehen Sie Ansatzpunkte, um für die Kommune Energie zu sparen (Stichworte Werke, Rathaus und mögliche weitere Punkte)?
2. Was davon steht bereits auf dem Prüfstand?
3. Wo lohnen Ihrer Ansicht nach weitere Investitionen, um selber Energie (Wärme/Strom) für den Eigenbedarf oder die Einspeisung ins Netz zu erzeugen?
4. Auch wenn noch kein Gutachten zur Windkraft vorliegt: Wie stehen Sie prinzipiell zu Windrädern in der VG?

Zusammenfassende Antwort durch Rolf Scheyer (1. Vorsitzender der FWG Dierdorf)

Guten Tag Herr Grün,

vielen Dank für Ihre telefonische Anfrage vom Montag, die wir gern beantworten:

Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass in den nächsten 5 Jahren alle Gebäude der Verbandsgemeinde einen Energieausweis benötigen. Das wollen wir erreichen, indem wir eine fachkundige Arbeitsgruppe aus Bürgermeister und einem zu wählenden Personenkreis des Bauausschusses bilden, plus ein Mitarbeiter der Einrichtung; diese bilden einen sogenannten "Energie-Beirat". Der Energie-Beirat benötigt auch eine Entscheidungs-Befugnis, die noch zu beraten ist. Wir hoffen, dass die anderen Fraktionen unserem Antrag auch zustimmen. Dieses Gremium muss sich dann punktuell vom eingestellten Energie-Berater, der zu einem Drittel für die VG Dierdorf arbeitet, Rat holen. Mit ins Boot könnten auch Süwag und Gasversorgung geholt werden, die Kapazitäten dafür vorhalten. Zug um Zug muss dazu jedes Gebäude besichtigt, und Daten zusammengestellt werden. Jede Maßnahme muss wirtschaftlich betrachtet und ausgewertet werden, damit Investitionen nicht ins Leere laufen.

Es sind nicht immer hohe Investitionen, die Energieeinsparung ausmachen. Bei der Beschaffung der Grundlagen stellt man nicht selten Probleme fest, die - wenn sie beseitigt sind - unmittelbar und nachhaltig Energie einsparen. Das weiß jeder aus seinem eigenen Haushalt. Im Übrigen ist im Bereich der Verbandsgemeinde nach einem erstellten Gutachten zur Energieeinsparung (der damaligen Kraftversorgung) schon einiges umgesetzt worden. Außerdem sind wir im Rat einig gewesen, dass bei Baumaßnahmen natürlich auch Standards der EnEV (2005) anzuwenden und einzuhalten sind. Das wurde Fraktions-übergreifend beschlossen. Beispiel hierfür sind die umfangreichen Sanierungen der Schulen, bei denen natürlich alle Baukörper mit schlechten u-Werten ausgetauscht wurden. Die FWG hat alle diese Baumaßnahmen bis hin zur gerade laufenden substanziellen Erneuerung der Hermann-Gmeiner-Schule mitgetragen. In dem Zuge wurde im Schulzentrum Dierdorf auch eine Pellet-Heizung eingebaut. Entsprechendes gilt natürlich für das VG-Rathaus. Wenn wir das anpacken, sind ja die neuesten Standards der EnEV vom 1. Mai dieses Jahres zu erreichen.

Die Bausubstanz birgt sicher auch noch größere Überraschungen, denen wir uns stellen müssen; es wird teuer. Brisant ist es bereits beim Hallenbad: Die laufenden Kosten sind praktisch schon aus dem Ruder, das wurde bei Vorstellung des Haushalts 2014 klar, und die Eintrittspreise wurden deshalb angehoben. Damit ist es noch lange nicht getan. Hier steht für uns natürlich auch vor einer weiteren Investition die Grundlagenermittlung im Vordergrund, danach kann man eventuell über ein BHKW sprechen.

Die Werke mit Ihrem verzweigten Netz von Stromverbrauchern sind da schon schwerer zu erfassen, das dauert schon eine Weile bis Maßnahmen zur Energieeinsparung umgesetzt sind und Früchte tragen. Trifft man auf Standards (dass z.B. mehrere Pumpen der Tiefbrunnen über nur einen Stromzähler laufen), beginnen die Schwierigkeiten schon vor der Ermittlung von Grundlagen; es muss dafür erst einmal eine Basis geschaffen werden.

Das Selbstverständnis für Energieeinsparung muss noch sensibilisiert werden.

Das Heizwerk liefert nicht die positiven Zahlen, die seinerzeit prognostiziert wurden; hier sind wir jedoch weitgehend ohne detaillierte Informationen. Unsere damalige Skepsis war wohl nicht unbegründet, und die Entwicklung werden wir genau beobachten.

Die Grün-Rote Landesregierung will in den nächsten Jahren flächendeckend (noch ca. 1400) Windräder aufstellen lassen. Alle Verbandsgemeinden sind gezwungen, den sogenannten Teilplan Windenergie zum Flächennutzungsplan zu erstellen. Das sind hohe Planungskosten, die aufgewendet werden müssen. Nach dem Prinzip "wer bestellt, bezahlt" müssen diese finanziellen Mittel auch vom Land bereitgestellt werden. Das werden wir auch fordern.

Windräder können aus meiner Überzeugung und gesamt betrachtet nur Sinn machen, wenn sie auf den Flächen mit hoher Windergiebigkeit stehen. Alles andere ist nicht sinnvoll, und damit auch nicht klimaschützend; es dient lediglich den Investoren und denen, die Pachterträge erzielen.

Fehlende Windergiebigkeit soll dann mit höheren Windrädern ausgeglichen werden, verbunden mit erheblichen Beeinträchtigungen betroffener Bewohner.

Die entsprechend ausreichende Windergiebigkeit bei Standorten in der Verbandsgemeinde Dierdorf sehe ich nicht als gegeben. Zudem werden wir bei den Beratungen auf die Einhaltung von Abstandsflächen der Windräder zu bewohnten Gebäuden auf mindestens 1000 Metern Abstand (bei Windrädern im Bereich von 150 Meter Nabenhöhe auch mehr) bestehen.

Die Wohnqualität in der Verbandsgemeinde ist jetzt schon durch z.B. Autobahn, ICE-Strecke und Stromtrassen zu stark beeinträchtigt.

Auf die Erhaltung dieser Rest-Wohnqualität werden wir achten.